

November/Dezember 2007

Termine

23.11.2007

Bundespresseball

26.11.2007-30.11.2007

Sitzungswoche
Deutscher Bundestag

28.11.2007-29.11.2007

Sitzungswoche
Europäisches Parlament
Brüssel

01.12.2007

Europäischer Filmpreis in Berlin



02.12.2007-04.12.2007

21. CDU-Bundesparteitag
Verabschiedung des neuen
Grundsatzprogramms

10.12.2007-14.12.2007

Sitzungswoche
Deutscher Bundestag

10.12.2007-13.12.2007

Sitzungswoche
Europäisches Parlament
Straßburg

17.12.2007

CDU-Bundesvorstand

24.12.2007-12.01.2008

Weihnachtsferien in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

Erneut hat sich die Union in einer wichtigen Frage zur Fortsetzung der Sanierung unseres Landes durchgesetzt. Zum 01. Januar 2008 wird der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung nach 2007 ein weiteres Mal gesenkt, und zwar von 4,2 auf dann 3,3 Prozent. Hiervon profitieren Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichermaßen. Auf der einen Seite werden die Unternehmen bei dem Faktor Lohnnebenkosten deutlich entlastet. Auf der anderen Seite werden die Beschäftigten jährlich durchschnittlich 440 Euro mehr in ihrem Portemonnaie haben.



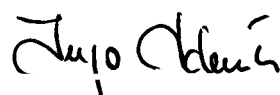
Daneben hat die Koalition die Verlängerung der Zahlung des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitnehmer beschlossen. Im Falle des Jobverlustes haben Menschen mit über 50 Jahren danach für 15, über 55 Jahren für 18 und über 58 Jahren für 24 Monate Anspruch auf diese Versicherungsleistung. Die Union hatte die Neuregelung bereits auf ihrem Dresdener Parteitag beschlossen, war jedoch bislang auf die strikte Ablehnung der SPD gestoßen. Nunmehr konnte diese zentrale Forderung endlich verabschiedet werden, und zwar annähernd eins zu eins.

Nach zähen Verhandlungen ist es schließlich ebenfalls gelungen, die Reform der Erbschaftssteuer auf den Weg zu bringen. Gegen den teilweise erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten konnte eine Erhöhung abgewendet werden. Vielmehr haben wir eine deutliche Anhebung der Freibeträge für Ehegatten, Kinder und Enkel erreicht. Kleinere und mittlere Erbschaften können so steuerfrei übertragen werden. Mit dem sogenannten Abschmelzungsmodell erleichtern wir auch die Generationennachfolge in Unternehmen. Ebenso müssen Landwirte keine stärkere Inanspruchnahme als bisher fürchten. Angesichts der schwierigen Auseinandersetzungen stellt das Ergebnis einen guten Kompromiss dar.

Völlig überzogen und den Beratungsverlauf verzerrend ist die Reaktion der SPD in der Frage des Post-Mindestlohnes. Die CDU/CSU-Fraktion begrüßt ausdrücklich die Verhandlungsführung ihrer Mitglieder im Koalitionsausschuss unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Von Anfang an war klar, dass als Grundlage für dieses Projekt ein Tarifvertrag vorliegen muss, der mindestens 50 Prozent der Beschäftigten in der Branche bindet. Ein solcher existiert jedoch nicht, was nebenbei unter den Tarifparteien selbst unstrittig ist. Um doch zu einer Einigung zu kommen, hat die Union unter anderem angeboten, das Entsendegesetz zu überarbeiten, damit nur diejenigen erfasst sind, die überwiegend tatsächlich mit Briefdienstleistungen beschäftigt sind. Diesen und weitere Vorschläge haben die Sozialdemokraten ohne Angabe von Gründen rundweg abgelehnt. Ganz offenbar ist man hier bereits auf Wahlkampf eingestellt und an einer ernsthaften Lösung nicht interessiert.

Die Unionsfraktion wird dennoch Kurs halten und die Reformpolitik der vergangenen zwei Jahre fortführen. Auch unter schwierigen Bedingungen gibt es keine Alternative zur Modernisierung unseres Landes.

Mit freundlichen Grüßen



Ingo Schmitt, MdB

Jahressteuergesetz: Union setzt Verbesserungen durch

Von Peter Rzepka, MdB

Einmal im Jahr beschließt der Deutsche Bundestag ein Jahressteuergesetz. Darin werden Maßnahmen umgesetzt, die sich im Laufe eines Jahres aus Gerichtsurteilen, EU-rechtlichen Vorgaben oder aus Anregungen von Verwaltung und Verbänden ergeben haben. Das am 8. November verabschiedete Jahressteuergesetz 2008 umfasst auf ca. 130 Seiten über 200 Maßnahmen. Die Finanzpolitiker der Union haben sich in Verhandlungen mit der SPD auf 47 Veränderungen geeinigt, die für den Bürger z. T. erhebliche Verbesserungen bringen:

- Die papierene Lohnsteuerkarte wird, wie geplant, 2011 abgeschafft. Arbeitgeber rufen künftig die für die Berechnung der Lohnsteuer relevanten Daten elektronisch ab und rechnen auf diesem Wege die Lohnsteuer für

ihre Beschäftigten mit den Finanzämtern ab. In den Beratungen konnten wir uns davon überzeugen, dass hierbei den Belangen des Datenschutzes Rechnung getragen wird. Datenmissbrauch ist durch Schutzmechanismen ausgeschlossen.

- Die pauschalierten Finanzierungsanteile bei Immobilienmieten werden von 75 auf 65 Prozent abgesenkt. Damit werden sich Mieten und Pachten im kommenden Jahr etwas geringer auf die zu zahlende Gewerbesteuer auswirken, als ursprünglich mit der Unternehmenssteuerreform geplant. Im Ergebnis werden sie mit 16,25 statt 18,75 Prozent steuerpflichtig, was vor allem Handel und Gastronomie in Innenstadtlagen entlastet.
- Das so genannte Hausbankprinzip, das aufgrund der Einführung der Abgeltungssteuer als gefährdet

galt, konnte mittels folgender Regelung gesichert werden: Ab 2009 unterliegen Zinserträge auch dann dem Abgeltungssteuersatz von 25 Prozent, wenn bei der gleichen Bank ein Kredit aufgenommen wird. Der persönliche Steuersatz von bis zu 42 Prozent wird nur dann fällig, wenn Kapitalüberlassung und –anlage aufgrund eines einheitlichen Plans erfolgen. Hierzu muss in der Regel ein enger zeitlicher Zusammenhang gegeben sein.

Die gute Nachricht: Mit dem Gesetz werden Unternehmen und andere Steuerpflichtige – vor allem durch Einführung der elektronischen Steuerkarte – jährlich um Bürokratiekosten von mehr als 300 Millionen Euro entlastet.

Die „Eigenheimrente“ kommt

Auf Drängen der Union hat sich die Große Koalition nach monatelangem Tauziehen auf die Einbeziehung von privatem Wohneigentum in die Förderung der privaten Altersvorsorge geeinigt. Damit wird zukünftig die staatliche Förderung für die private Rente in gleichem Umfang auch denen zugute kommen, die bei der Altersvorsorge auch auf privates Wohneigentum setzen.

Für den Spandauer Bundestagsabgeordneten **Kai Wegner** eine gute Nachricht für alle „Häuslebauer“. So sieht die getroffene Vereinbarung u.a. vor, dass bis zu 75% aus dem steuerlich geförderten Altersvorsorgevermögen für den Bau oder den Kauf einer Immobilie entnommen als auch Tilgungsleistungen für ein Baudarlehen in die staatliche Förderung einbezogen werden können.

„Die Einigung ist aber nicht nur eine gute Nachricht für alle Häuslebauer, sondern vor allen Dingen auch ein wichtiges Signal für die deutsche Bauwirtschaft“, weiß **Wegner**, der als Mitglied im Wirtschaftsausschuss für die CDU/CSU-Fraktion für die Bauwirtschaft zuständig ist. Denn nach dem Auslaufen der Eigenheimzulage war nicht nur in Berlin ein starker Rückgang an Baugenehmigungen zu verzeichnen. „Die beschlossene Eigenheimrente kann zwar die Eigenheimzulage nicht aufwiegen, sie wird aber erheblich zur Steigerung der Bauaktivität beitragen und damit auch die Bauwirtschaft in Berlin nachhaltig fördern“, so Wegner, der jetzt gemeinsam mit der Fachgemeinschaft Bau auf eine möglichst schnelle Umsetzung der Vereinbarung dringt.

Schröder-Kritik an Merkel ungeheuerlich

Der Bundestagsabgeordnete **Ingo Schmitt** macht auf einen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einmaligen Vorgang aufmerksam, der im Berliner Politikbetrieb bisher fast unbemerkt geblieben ist. Während einer China-Reise hatte der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder die Entscheidung Angela Merkels, den Dalai Lama zu empfangen, scharf kritisiert.

Für **Schmitt** sind diese Äußerungen in mehrerer Hinsicht ungeheuerlich. „Herr Schröder offenbart mit diesen Worten eine erschreckende Geringschätzung für Demokratie und Menschenrechte. Gleichzeitig sind sie ein Ausdruck von Missachtung gegenüber dem Dalai Lama persönlich sowie dem von ihm repräsentierten tibetischen Volk, das unter

der chinesischen Diktatur leidet“, so der langjährige Europapolitiker. Darüber hinaus sei es noch nie dagewesen, dass ein Amtsvorgänger seinen Nachfolger derart ungehörig im Ausland bloßstellt.

Die CDU/CSU-Fraktion steht dagegen voll und ganz hinter der Politik von Angela Merkel. Die Bedeutung guter Wirtschaftsbeziehungen zu China steht für die Union außer Frage. Ebenso klar muss insbesondere vor dem Hintergrund zweier Diktaturen auf deutschem Boden aber auch sein, dass die berechtigten Interessen deutscher Unternehmen nicht dazu führen dürfen, Grundüberzeugungen außer Acht zu lassen.

Berlins Wissenschaftspolitiker im Bundestag unterstützen Naturkundemuseum

Von Prof. Monika Grütters, MdB

Mehr als 30 Millionen Sammlungsobjekte beherbergt das Museum für Naturkunde in Berlin, darunter die die größten deutschen Sammlungen zur Zoologie, zur Paläontologie und zur Mineralogie. Ihr internationaler Wert wird vor allem an fossilen Sammlungsobjekten wie dem Berliner Exemplar des Urvogels *Archaeopteryx* deutlich. Mit Forschern aus aller Welt tauscht das Haus Objekte und Untersuchungsergebnisse aus und gehört mittlerweile international zu den fünf größten seiner Art gehört.

Gemeinsam mit ihrem SPD-Kollegen Swen Schulz traf sich die CDU-Bundestagsabgeordnete und Wissenschaftspolitikerin **Monika Grütters** mit dem Direktor des Naturkundemuseums, Prof. Dr. Reinhold Leinfelder. Beide Abgeordnete hatten sich für die Aufnahme des Hauses in die so genannte Blaue Liste der Wissenschaftsgemeinschaft Leibniz-Gemeinschaft eingesetzt, die die Arbeit herausragender Forschungseinrichtungen in Deutschland fördert. Dies scheint nun in greifbare Nähe zu rücken. Am 19. November 2007 tagt eine Bund-Länder-Kommission der deutschen Wissenschaftseinrichtungen, die darüber entscheidet.



Prof. Monika Grütters mit Prof. Dr. Reinhold Leinfelder und Swen Schulz (SPD)

Bereits zur Eröffnung der neuen Ausstellung im sanierten öffentlichen Besuchertrakt des Museums am 13. Juli 2007 äußerte sich Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) zuversichtlich: „Wir wollen noch in diesem Jahr zwischen Bund und Ländern eine Vereinbarung schließen und ein konkretes Datum für den Eintritt des Hauses in die Leibniz-Gemeinschaft festlegen.“ Damit würde der Empfehlung des Wissenschaftsrates aus dem Jahr 1996 endlich Rechnung getragen.

Voraussetzung für die Aufnahme des Naturkundemuseums in die „Blaue Liste“ war zum einen die Sanierung des Museums, da Einrichtungen mit hohem Investitionsrückstand nicht in die Leibniz-Gemeinschaft aufgenommen werden. Zum anderen musste ein Platz in der Fördergemeinschaft frei werden, indem ein anderes Institut ausscheidet. Dies ist nun der Fall: Der Berliner Elektronenspeicherring „Bessy“ und das Hahn-Meitner-Institut werden als Großforschungseinrichtungen Mitglied der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren und verlassen damit die Leibniz-Gemeinschaft.

„Im Unterschied zu den öffentlich ausgetragenen Konflikten im Bereich der Kultur, die der Regierende Kultursenator Wowereit mit seinen lautstarken Forderungen an den Bund provoziert, verläuft die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft zwischen Bundesbildungsministerin Annette Schavan und dem Land Berlin effizient und geräuschlos. Eine Aufnahme des Naturkundemuseums in die Leibniz-Gemeinschaft und der Wechsel von Bessy II und HMI in die Helmholtz-Gemeinschaft bedeuten für Berlin dauerhaft eine finanzielle Entlastung in weitaus höherer Größenordnung als beispielsweise die Übernahme der Sanierungskosten für die Staatsoper“, bewertete **Monika Grütters** als Berliner Bundestagsabgeordnete diese Aussicht.

Chancen des demografischen Wandels im Tourismus nutzen

Die deutsche Tourismuswirtschaft kann vom demografischen Wandel profitieren; das ist ein Fazit des Berichts „Zukunftstrends im Tourismus“, der im Auftrag des Deutschen Bundestages erstellt wurde. Aufgrund der soziodemografischen Entwicklung wird das touristische Marktsegment der Senioren in Deutschland mengenmäßig wachsen.

„Allerdings hat sich die Branche noch nicht genügend auf den zunehmenden Anteil älterer Reisender bei der Produktgestal-

tung und -vermarktung eingestellt“, weiß der zuständige Berichterstatter für die CDU/CSU-Fraktion im Wirtschaftsausschuss **Kai Wegner**. Darüber hinaus müssten nach Meinung des Spandauer Bundestagsabgeordneten mehr Anstrengungen unternommen werden, auch die Infrastruktur in den Zielgebieten altersgerecht anzupassen und den Reisebus als eines der beliebtesten Verkehrsmittel der Senioren für den Deutschlandtourismus stärker zu fördern.

Donald Tusk gewinnt Wahlen in Polen

Von Karl-Georg Wellmann, MdB

Polen hat gewählt. Das Ergebnis ist in mehrfacher Hinsicht positiv. Eindeutiger Wahlsieger ist Donald Tusk mit der Bürgerplattform (PO), zu der die CDU partnerschaftlich verbunden ist. Mit der liberalen Bauernpartei hat er einen verlässlichen Koalitionspartner und eine klare Mehrheit im Parlament. Außerdem sind zwei nationalistische Krawallparteien, die an der alten Regierung beteiligt waren, an der 3%-Klausel gescheitert und nicht mehr im Parlament vertreten.

Von der neuen polnischen Regierung können wir erwarten, dass sie nicht gegen Europa agieren, sondern konstruktiv in den EU-Institutionen mitarbeiten wird. Deutschland sollte mit Polen schnell zu einem normalen nachbarschaftlichen Verhältnis finden. Ein Ministerpräsident Tusk wird nicht die irrationale Politik seines Vorgängers fortsetzen, der versucht hat, mit antideutschen Ressentiments zu punkten. Die öffentlichen Erklärungen Tusks nach der Wahl sind ermutigend. Außerdem hat er außenpolitische Berater benannt, die große europa- und deutschlandpolitische Erfahrungen haben und für ein gutes Verhältnis mit Deutschland stehen.

Polen ist unser bei weitem wichtigster Nachbar im Osten, politisch wie ökonomisch. Deshalb liegt die Weiterentwicklung des Verhältnisses in unserem eigenen Interesse. Die Themen reichen von der Aktivierung des Jugendaustauschs und der Erweiterung des Tourismus, über Fragen der Kulturgüter und des Mahnmals gegen Vertreibungen bis hin zu Energiefragen und einer gemeinsamen europäischen Ostpolitik. Die Bundesrepublik ist offen für den Dialog. Dieser wird sehr bald nach der Regierungsbildung in Warschau noch in diesem Jahr beginnen.

Leistung und Engagement werden gefördert - Stipendienvergabe der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Sommersemester steht bevor

Von Prof. Monika Grütters, MdB

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Prof. Monika Grütters macht Studierende und Abiturienten auf die Stipendienförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung aufmerksam:

Am 15. Januar 2008 endet die Bewerbungsfrist für ein Stipendium der Konrad-Adenauer-Stiftung zum kommenden Sommersemester. **Monika Grütters** fordert die Abiturienten und Studienanfänger aus Berlin und aus ihrem Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf auf, diese Chance wahrzunehmen und einen Antrag auf Studentenförderung bei der Stiftung einzureichen.

„Die Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung ist mehr als nur eine finanzielle Unterstützung. Ich selbst konnte während meines Studiums die Vorzüge dieser Förderung erfahren und habe vor allem das studienbegleitende Seminarprogramm als großen Gewinn empfunden. Daher möchte ich allen Studierenden und angehenden Studentinnen und Studenten ans Herz legen, sich um ein Stipendium zu bewerben,“ so die Empfehlung von **Monika Grütters**.

Voraussetzung für die Aufnahme in die Begabtenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung sind neben überdurchschnittlichen Abitur- oder Studienleistungen persönliches Engagement im politischen, sozialen, kirchlichen oder kulturellen Bereich sowie die charakterliche Eignung. Die Auswahl erfolgt nach den Kriterien: Fachliche Leistung, Persönlichkeit, Engagement und Verantwortungsbewusstsein.

Stipendiaten können - je nach wirtschaftlicher Lage der Eltern - bis zu 525 Euro im Monat erhalten. Unabhängig davon erhält jeder Stipendiat ein monatliches Büchergeld von 80 Euro.

„Mit großem Engagement setzt sich Bundesbildungsministerin Annette Schavan für die Talentförderung in unserer Gesellschaft ein. Auf 100 Millionen Euro wurden die Bundesmittel für Studentenförderungswerke bereits angehoben. Innerhalb von vier Jahren will das CDU-geführte Ressort den Anteil der Studierenden, die über die vom Ministerium finanzierten Förderungswerke unterstützt werden, um 50 Prozent steigern. Damit bekennt sich die jetzige Bundesregierung zu ihrer Verantwortung für den hohen Stellenwert, den Bildung und Forschung in unserer Gesellschaft einnehmen. Denn klar ist: In einem globalen Markt hat Deutschland nur als international anerkannte Talentschmiede eine echte Chance, wettbewerbsfähig zu bleiben,“ so die Bundestagsabgeordnete **Monika Grütters**.

Alle Einzelheiten zum Bewerbungs- und Auswahlverfahren sowie Ansprechpartner bei der Konrad-Adenauer-Stiftung finden Sie auf deren Internetseite unter: <http://www.kas.de/wf/de/42.34/>. Eine Übersicht aller Begabtenförderungswerke der Bundesrepublik Deutschland bietet eine Broschüre des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, die als PDF-Dokument auf dessen Internetseite abgerufen werden kann.

KONTAKT

Die Bundestagsabgeordneten der
Berliner Landesgruppe
in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Ingo Schmitt
Landesgruppenvorsitzender

Tel: 030. 227-79362
Fax: 030. 227-76463
www.ingo-schmitt.de

ingo.schmitt@bundestag.de



Prof. Monika Grütters

Tel: 030. 227-70222
Fax: 030. 227-76223
www.monika-gruetters.de

monika.gruetters@bundestag.de



Peter Rzepka

Tel: 030. 227-70999
Fax: 030. 227-76999
www.peter-rzepka.de

peter.rzepka@bundestag.de



Kai Wegner

Tel: 030. 227-77610
Fax: 030. 227-76312
www.kai-wegner.de

kai.wegner@bundestag.de



Karl-Georg Wellmann

Tel: 030. 227-70300
Fax: 030. 227-76304
www.wellmann-berlin.de

karl-georg.wellmann@bundestag.de

IMPRESSUM

Herausgeber

CDU-Landesgruppe Berlin im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1 · 10111 Berlin